

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

Ich stehe hier als der Vertreter einer Fraktion aus der Opposition und werde heute die Position der FREIEN WÄHLER Rödermark zum Haushaltsentwurf darstellen und noch einige Bemerkungen zur Arbeit der Koalition und des Magistrates einfügen. Gleich vorweg und damit nehme ich die Spannung ein wenig raus: Die Freien Wähler werden diesen Haushaltsplan ablehnen, und ich werde im Folgenden einige Begründungen nennen.

Beginnen möchte ich mit den Tagesordnungspunkten, welche heute zusätzlich auf die Tagesordnung genommen werden. Wir sollen beschließen, was unsere Verwaltung und der Magistrat bereits vor vier Tagen ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung auf den Weg gebracht haben. Worum geht es? Es geht um die Investitionen in diesem Jahr für das Stadtumbauprogramm im Ortskern Ober-Roden und das Stadt-Grün Urberach.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich die Bürgerbeteiligungen in unserer Stadt loben und mich heute bei IGOR bedanken, die einen großen Anteil der vorbereitenden Arbeiten für die geplanten Projekte im Ortskern Ober-Roden geleistet haben.

Bürgerbeteiligung ist eine gute Sache, meine Damen Herren, auch wenn es manchem hauptamtlichen Politiker nicht immer in den Kram passt, was Quartiersgruppen erarbeitet haben und die dann von der Politik Unterstützung für diese Projekte erwarten.

Aber was hier derzeit passiert, lieber Herr Bürgermeister und lieber Herr 1. Stadtrat, das geht gar nicht. Sie haben hier eindeutig ihre Kompetenzen überschritten. Ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung werden ca. 1 Million Steuergelder ausgegeben. Verschiedene Gremien wurden informiert und involviert und wir waren außen vor und sollen heute Ihre Versäumnisse beschließen.

By the way; wir, die FREIEN WÄHLER werden möglicherweise diese nachgereichten Anträge nicht ablehnen. Ich möchte aber auch an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass uns das Stadtumbauprogramm und Stadtgrün Urberach auch in den kommenden Jahren regelmäßig Löcher in die Haushaltskasse reißen werden. Meine Damen und Herren, auch wenn wir nur ca. 1/3 aus dem städtischen Steuersäckel aufwenden müssen, der gesamte Betrag, als auch die anderen 2/3 sind Steuergelder, die von anderen Kommunen aufgetrieben wurden.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie statt **vor** einem Stadtverordneten-Beschluss zu handeln, doch endlich mal die getätigten Beschlüsse des Parlamentes umsetzen, so wie es ihre Aufgabe laut hessischer Gemeinde Ordnung ist.

Beispiel 1:

Am 2. Mai 2018 hat das Stadtparlament beschlossen, dass der Magistrat innerhalb von sechs Monaten berichtet über die Ergebnisse der Verhandlungen mit Hessen-Mobil und den ÖPNV Betreibern Deutsche Bahn und RMV. Mit diesen Institutionen sollen Verbesserung der Verkehrssituation auf den Durchgangsstraßen von Urberach erörtert und erarbeitet werden. Es sind inzwischen mehr als neun Monate vergangen und wir haben immer noch kein Wörtchen darüber gehört. Ähnlicher Stillstand wie in den vergangenen 45 Jahren, so lange wird dieses Thema jetzt schon ausgesessen.

Ich möchte hier an dieser Stelle noch einmal betonen, dass die Freien Wähler nicht eine ortsnahe Umfahrung von Urberach als 1. Priorität bevorzugen. Wir wollen für alle Bürger dieser Stadt da sein, nicht nur für Bewohner aus dem Taubhaus und Bienengarten, die mehr Verkehr in der Nähe ihrer Wohnungen durch eine von der Bundesregierung geplante Umgehungsstraße befürchten, nein wir setzen uns auch für die Bürger ein, die an den lärm- und schadstoffbelasteten Bundes- und Landesstraßen in Urberach wohnen.

Beispiel 2:

Am gleichen Tag, also 2. Mai 2018 wurde ein interfraktioneller Beschluss gefasst, dass Rödermark gewisse Forderungen im Schulentwicklungsplan stellt. eine dieser Forderung lautet, auf Schüler-Lenkungsmaßnahmen zu verzichten und dafür sich für eine zweite weiterführende Schule einzusetzen. Unser erster Stadtrat, der selbst in der Regierung vom Kreis Offenbach als CDU-Kreistagsabgeordneter tätig ist, hat diesen Beschluss nicht beachtet und den Schulentwicklungsplan ohne die Forderung von Rödermark beschlossen. Das ist umso

unverständlicher, weil seine Partei, die CDU schon seit circa 15 Jahren in den jeweiligen Wahlprogrammen die Forderung aufstellt: Rödermark muss ein Gymnasium bekommen. Die FREIEN WÄHLER haben Anfang 2018 einen Antrag für die Errichtung eines Gymnasiums gestellt, damit zumindest im neuen Schulentwicklungsplan fest geschrieben wird, dass Rödermark eine zweite weiterführende Schule benötigt, denn es pendeln demnächst circa 1000 Schüler (hauptsächlich aus Urberach) aus in andere Orte. Nachdem die Forderung nicht im Schulentwicklungsplan angenommen wurde, haben die FREIEN WÄHLER im September die Forderung nach einer weiteren Bildungsstätte wiederholt. Erneut wurde dies von der schwarz-grünen Koalition abgelehnt, an der Spitze mit Jörg Rotter, der dann 2 Monate später bei seiner Bürgermeisterkandidatur selbst die Forderung nach einem Gymnasium öffentlich mit hoher Priorität verkündete. Ist das noch glaubwürdig. Sind geschriebene Wahlprogramme der CDU nur FakeNews? Ich nenne das Wählertäuschung. Mit solchen Machenschaften bringen wir unsere Stadt nicht voran.

Dabei sollte die CDU aus eigenen leidvollen Erfahrungen bei Bürgermeisterwahlen wissen, wie es ist, wenn die mündigen Bürger das Spiel durchschauen und den Machenschaften der etablierten Parteien eine ordentliche Abfuhr erteilen.

Beispiel 3:

Am 27. Juni 2017 hat die Stadtverordneten Versammlung einstimmig den folgenden Beschluss gefasst:

Der Magistrat wird beauftragt, sich bei der Verwendung der Mittel aus dem „Kommunalinvestitionsprogramm II (KIP2)“ beim Kreis Offenbach dafür einzusetzen, dass der Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen in Rödermark und die dringend notwendigen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen an der Oswald-von-Nell-Breuning-Schule sowie der Breidertschule vorrangig zu realisieren sind.

Was hat der Sozialdezernent Jörg Rotter aus diesem Beschluss gemacht? Jawohl er hat den Punkt eins für die Breidertschule umgesetzt und Punkt 2 (Sanierung der NBS) nicht an den zuständigen Kreis weitergeleitet. Ja was ist denn das für eine Dienstauffassung? Führen unsere hauptamtlichen Wahlbeamten nur die Beschlüsse aus, die ihnen gefallen oder haben sie den 2. Teil einfach nicht gelesen, übersehen oder nicht verstanden?

Ich könnte noch weitere Beispiele bringen, wo die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung nicht ausgeführt, ignoriert oder einfach ausgesessen wurden. Da meine Redezeit hier auf circa 15 Minuten begrenzt ist, möchte ich es bei den 3 Beispielen belassen.

Nun zum aktuellen Haushalt:

Unserer Stadt ist 2013 unter den so genannten Schutzschirm geschlüpft, um von den negativen Jahresabschlüssen wegzukommen. Der Plan sah erst einmal Steuererhöhungen und danach Einsparungen in fast allen Bereichen vor. Die Steuererhöhungen wurden schnell gemacht. Von den Einsparungen sehen wir nicht sehr viel. Die Vereine bekamen weniger Förderungen, sonst fallen mir keine wesentlichen Einsparungen ein. Personal sollte sozialverträglich abgebaut werden. Stellen, die durch Ruhestand oder Beendigung Arbeitsverträgen frei wurden, sollten nicht sofort neu besetzt werden und gegebenenfalls wegfallen. Was wurde davon umgesetzt? Gar nichts.! Der Stellenplan wurde jährlich erhöht und wird auch in diesem Jahr durch weitere Stellen aufgebläht. Uns ist natürlich klar, dass wir mehr Personal benötigen, wenn unsere Kitas ausgebaut werden, weil es immer mehr Kinder gibt. Aber in vielen anderen Bereichen wurden keinerlei Personaleinsparungen getätigt.

Bei der Bezahlung des Personals für die Kindertagesstätten hat unser Magistrat in den letzten Jahren Arbeitskämpfe führen müssen. Ob diese Arbeitskämpfe, die jetzt hoffentlich durch einen Vergleich mit entsprechenden Abschlagszahlungen beendet sind, zu einem geordneten, vertrauensvollen Arbeitsverhältnis führen, muss die nahe Zukunft zeigen. Wir können nur hoffen, dass qualifiziertes Personal, nachdem es die versprochenen Nachzahlungen erst erhalten hat, auch weiterhin in unseren Kitas zur Verfügung steht oder sich lieber im Umkreis nach einer attraktiven Stelle umschaute.

Hatten wir im Jahre 2011 noch Personalausgaben in Höhe von 11,98 Millionen €, so werden es im Jahre 2019 17,41 Millionen € sein. Im nächsten Jahr werden wir ca. 18 Mio € erreichen und das bedeutet dann fast 50% Steigerung, seit wir mit dem Schutzschirm planen.

Unser Haushalt ist jetzt auf etwa 63 Mio € gestiegen, das sind über 5 Millionen mehr als im vergangenen Jahr. Leider werden die Einnahmen nicht um 5 Millionen € steigen können und damit bleibt uns nichts anderes übrig als an die Reserven zu gehen. Die kommunalen Betriebe müssen mal wieder dafür sorgen, dass unsere Stadt einen ausgeglichenen operativen Haushalt einreichen kann und damit die Schutzschirm Bestimmung erfüllen kann. Rückstellung des KBR werden dann in den operativen Haushalt fließen.

Ich habe jetzt hauptsächlich über nicht so tolle Dinge in diesem Haushaltsplan gesprochen, möchte aber hier auch eins erwähnen. In 2018 wurden uns circa 30 Millionen Kassenkredite vom Land abgenommen, für die wir in den nächsten Jahren entsprechende Zahlungen leisten müssen. Das wird unsere zukünftigen Haushalte belasten, aber wenn wir diese Kassenkredite heute noch hätten und die Zinsen würden irgendwann auf normale Prozente ansteigen, dann wäre die Belastung möglicherweise sogar noch höher.

Ich kann heute nicht erkennen, wie wir mit den vorgelegten Haushaltsplanungen die kommenden Jahre ohne weitere Verschuldung oder weitere Entnahmen aus Rückstellungen überstehen werden.

Achja, eines meiner Lieblingsthemen, die Vereinsförderung.

Da die Vereinsförderung in den vergangenen Jahren im Rahmen des Schutzschirms gelitten hat, treten die FREIEN WÄHLER dafür ein, die Beträge, welche an die Vereine ausgeschüttet werden zu erhöhen.. Wir haben einen entsprechenden Haushaltsantrag gestellt, wohl wissend, dass wenig Spielraum für größere Beträge zur Verfügung stehen. Bei näherer Betrachtung und Diskussion mit den anderen Fraktionen, ändern wir unseren Haushaltsantrag in der folgenden Form.

Es sollen circa 20.000 € in den neuen Haushalt eingestellt werden, um mit entsprechenden Fachleuten und externer Moderation eine gerechte und zukunftsweisende Vereinsförderung zu erarbeiten. Begründung: Wir erkennen heute viele Ungerechtigkeiten bei den diversen Vereinen. Bedürftige und förderungswürdige Vereine bekommen keine gerechte Förderung. Wir Parlamentarier müssen anerkennen, welchen Wert die Arbeit der Vereine für unsere Stadt bedeutet, vor allem für die Förderung der jugendlichen Mitglieder. Ohne diese ehrenamtliche Arbeit der verschiedenen Vereine könnte unsere Stadt diese Leistungen nicht aufbringen.

Wir bitten um Zustimmung für unseren Haushaltsantrag.

Peter Schröder